

Björn Bicker
Macht die Theater zu – und fangt von vorne an.

Ein Zwischenruf

Der arme Peter Spuhler, Intendant am Staatstheater in Karlsruhe, sympathische Betriebsnudel und eifriger Theater-Hans-Dampf-in allen Gassen, kommt gerade unter die Räder, weil ihm Mitarbeiter*innen vorwerfen, ein toxisches Klima der Angst und Überforderung an seinem Theater verbreitet, gefördert und all zu patriarchal kultiviert zu haben. Von Wutausbrüchen und cholerischen Anfällen, von nächtlichen Arbeitsaufträgen und respektlosem Umgang mit Mitarbeiter*innen ist da die Rede. Täglich kommen neue Vorwürfe dazu, immer mehr Menschen, die offenbar und nachvollziehbar lange geschwiegen haben, melden sich zu Wort. Die einschlägigen Internetforen sind voll von Kommentaren, mal erwartbar, mal ernsthaft betroffen, mal neunmal klug. Von Häme über Erstaunen bis Verteidigung sind alle Farben des Mitredens vertreten. So komplex die Situation ist, so wenig kann es darum gehen, eine einzelne Person öffentlich zu erledigen. Denn es geht um viel mehr als um die möglichen Verfehlungen eines Einzelnen. Es gibt viele Expert*innen auf diesem Gebiet. Man kann wahrscheinlich am Bühneneingang jedes zweiten Theaters klopfen und hört die immer gleichen Geschichten von Angst, Ausbeutung und Überforderung. In Theaterkreisen schüttelt man wissend und ängstlich die Köpfe. „Oh weh, wer ist wohl der nächste?“ Die Büchse ist geöffnet, das Theater hat nun hoffentlich seine notwendige „Me Too Debatte“ über Arbeitbedingungen, Machtverhältnisse und Kunstbegriffe.

Fast jed(e)r der oder die schon mal länger an einem deutschsprachigen Stadt- oder Staatstheater gearbeitet hat, egal in welcher Funktion, weiß worum es da geht. Es handelt sich um das leider all zu oft übliche Arbeitsklima in Institutionen, deren organisatorisches wie künstlerisches Fundament sowohl strukturell als auch ideell auf Vorstellungen basiert, die aus weit vergangenen, vordemokratischen Zeiten in unser Jahrhundert verschleppt wurden und nach wie vor den Arbeitsalltag vieler Menschen, seien sei Bühnentechniker*innen, Maskenbildner*innen, Schauspieler*innen, Dramaturg*innen, Regisseur*innen oder Praktikant*innen, bestimmen. Nun wird an dem Beispiel des Karlsruher Intendanten, einem Theatermacher, der immer versucht hat alles richtig zu machen, an seinem Theater hat er zuletzt schlüssig und öffentlichkeitswirksam die gesamte Schauspielsparte in die Hände junger Frauen

übergeben, etwas verhandelt, was längst überfällig schien. Viele Menschen, die in Theaterberufen arbeiten, haben keine Lust mehr in einem Klima der Angst und Überforderung zu arbeiten. Nicht im Namen der Kunst, nicht im Namen irgendeines Künstlers oder irgendeiner Künstlerin. Seit Jahren wird in Kantinen und auf Branchentreffen die schier unerträgliche Diskrepanz zwischen fortschrittlich-emanzipatorischem und diffus antikapitalistischem Gestus auf der Bühne und dem patriarchalen, ausbeuterischen, auf Willkürherrschaft basierendem Arbeitsalltag hinter den Kulissen beklagt. Aber bisher hat sich nicht viel geändert. Auf dem Altar der Kunst wird weiterhin geopfert was das Zeug hält. Regisseur*innen, gleich welchen Alters, egal welchen Geschlechts, führen sich auf wie Despot*innen und werden von Theaterleitungen immer wieder engagiert und unterstützt. Schauspieler*innen leben in quasi Leibeigenschaft, die sich in den menschenverachtenden und antiquierten NV-Solo-Verträgen arbeitsrechtlich manifestiert. Strukturell geschaffene Abhängigkeiten, die sich in einem Klima der Angst und des Schweigen ausdrücken, haben zu einem äußerst komplexen wie neurotischen System des Gebens und Nehmens geführt. Wer etwas sagt, muss fürchten bei der nächsten Vertragsverlängerung nicht mehr berücksichtigt zu werden. Oder wird einfach nicht mehr besetzt. Und verliert sowohl seelisch als auch beruflich jeden Halt. Das hat mit der fast uneingeschränkten Macht von Intendant*innen zu tun. Sie entscheiden, mal mehr, mal weniger transparent, nach Gutdünken über Engagements, über die inhaltlich-künstlerische Ausrichtung des ganzen Theaters und leider auch massiv über das Arbeitsklima an den ihnen übertragenen Häusern. Und natürlich gibt es die Ausnahme des guten Herrschers, der gerechten Herrscherin. Aber am Ende geht es immer um den eigenen Marktwert, den es zu mehren gilt. Und dieser bemisst sich eher nach hoher Schlagzahl und Einladungen zum Berliner Theatertreffen als nach guter Mitarbeiterführung und gesellschaftlicher Verantwortung.

Nun trifft diese Debatte über die Arbeits- und Machtverhältnisse an den Theatern auf eine zweite, nicht weniger dringliche und wahrscheinlich damit zusammenhängende Entwicklung. Seit einigen Jahren dämmert den Theaterleuten und mit ihnen manchen Kulturpolitiker*innen, dass öffentlich finanzierte Institutionen wie Stadt- und Staatstheater schon lange nicht mehr die Gesellschaft repräsentieren, von der sie unterhalten werden. Während sich die Städte zunehmend diversifizieren, kulturell, ethnisch, sexuell und ökonomisch, sind die meisten Theater nach wie vor der Hort einer homogenen, meistens weißen und gut situierten Mittelschicht. Das drückt sich personell auf der Bühne aus, in der Zusammensetzung des Publikums und ebenso in der

Resonanz der medialen Öffentlichkeit. Alles in allem: Closed Shops, Parallelgesellschaften. Bekannte Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel und werden gerne als Gegenbeweis hergenommen, wenn es darum geht, das eigene Tun und Bemühen zu rechtfertigen. Sowohl die notwendige interkulturelle Umstrukturierung der Theater und ihrer Ausbildungsinstitute als auch die Demokratisierung der Macht- und Arbeitsverhältnisse sind dringende, nicht mehr aufschiebbare, kulturpolitische wie künstlerische Herausforderungen für alle gesellschaftlichen Akteur*innen, die am Fortbestehen unserer Theaterlandschaft interessiert sind. Als die Theater wegen der Corona-Pandemie schließen mussten, hatte man kurz die Hoffnung, dass zumindest die Theaterleute selbst, diese verordnete Zwangspause dazu nutzen würden, um über genau diese Fragen nachzudenken. Dass die Verantwortlichen und ihre Mitarbeiter*innen die Chance ergreifen würden, in sich zu kehren und den Blick auf sich selbst zu richten. Wie wollen wir eigentlich in Zukunft Theater machen? Unter welchen Bedingungen? Für wen? Wer soll zukünftig in unseren Theatern arbeiten? Welche Stoffe wollen wir verhandeln? Welche Formen wären eigentlich einer Gesellschaft angemessen, die von Diversität und Umbruch geprägt ist? Mit wem müssten wir kollaborieren, um nicht immer nur die gleichen Menschen zu erreichen? Wie könnten wir als Theater der allseits beschworenen und spürbar realen Krise der demokratischen wie künstlerischen Repräsentation begegnen? Leider Fehlannonce. Stattdessen sind die meisten Theater schlagartig in eine noch nervösere Hyperaktivität verfallen als zuvor und haben angesichts ihrer drohenden Unsichtbarkeit Angsttriebe entwickelt. Eine schier unendliche Anzahl von digitalen Formaten und Streamings sind produziert worden, die letztlich das gleiche transportiert haben wie das, was zuvor auf den Bühnen gezeigt wurde. Mit dem traurigen Gestus der Unbeirraren wurde die eigene Verzweiflung durch die Breitbandkabel des WorldWide Web gejagt. Wenn die Theater aber tatsächlich ein Interesse daran hätten, als das gesellschaftliche Labor zu fungieren, als das sie sich selber gerne sehen, dann hätten sie den Pandemiestopp als Denkpause nutzen können, um ihre eigene Zukunft zu verhandeln. Dann würden sie sich ernsthaft mit Demokratie, Teilhabe und Gerechtigkeit auseinandersetzen und zwar nicht irgendwie im symbolischen, akklamatorischen Raum, sei es digital oder performativ auf einer Bühne, sondern ganz konkret am Beispiel ihrer eigenen Wirklichkeit. Sie würden ihren Kunstbegriff hinterfragen und ihn vielleicht einem Update unterziehen, sie würden ernsthaft über Formen der künstlerischen wie betrieblichen Partizipation und Demokratie nachdenken, darüber, wie man seine eigenen Führungskräfte in *good*

governance fortbilden könnte, über Privilegien und Diversität und zu guter Letzt über Offenheit und Gerechtigkeit. Und sie würden dann anfangen Strukturen zu ändern. Ihre Personalpolitik, die Bedingungen ihrer Kunstproduktion. Davon könnte dann die ganze Gesellschaft profitieren: Die Überarbeitung des Konzepts Stadttheater als Prototyp gesellschaftlicher Veränderung hin zu mehr Transparenz, Diversität und Teilhabe. Aber von all dem ist wenig zu spüren und zu sehen. Und es ist tatsächlich die große Frage, ob die aktuellen Machthaber*innen die richtigen sind, um ihre eigenen Institutionen von innen heraus zu verändern, denn das würde zwangsläufig bedeuten, dass sie Macht und Privilegien abgeben müssten. Und das werden sie nicht tun. Warum auch, das Bewusstsein für die Misere scheint noch nicht drängend genug zu sein. Das zeigen auch die Reaktionen der verantwortlichen Politiker*innen im aktuellen Karlsruher Fall. Von der Einsicht in strukturelle Mängel der Institutionen ist wenig zu hören. Vielleicht wäre es besser mal über einen Cut nachzudenken, über eine Stunde Null. Macht die Theater zu – und fangt von vorne an. Das wäre doch ein wunderbares gesellschaftliches Experiment. Wir schließen die Theater für eine Weile und richten stattdessen runde Tische ein, mit Abstand im Freien, in Stadien, auf Plätzen und Straßen. Wir bilden achtsam Beteiligungsgremien aus der Zivilgesellschaft, die Vielfalt und Interessen der Städte abbilden und dann denken wir gemeinsam darüber nach, für wen und für was unsere Theater in Zukunft eigentlich gut sein sollen. Man könnte gemeinsam Zielvereinbarungen erstellen, Wünsche formulieren, Träume besprechen. Und natürlich wären die Erfahrungen und das Wissen der ausgefuchsten Profis unabdingbar. Und zugleich wäre es eine riesen Chance für die Theaterleute, die Kunstblase zu verlassen und sich und die eigenen Vorstellungen wirklich aufs Spiel zu setzen. Das wäre doch viel mutiger als für ein paar Leute Theater im Olympiastadion zu machen, die Sitze aus dem Zuschauerraum zu schrauben oder sich gemeinsam per Livestream vor dem Bildschirm zu langweilen. Diese Debatten wären ein performatives Wagnis und Großereignis zugleich. Und vielleicht wären sie ja auch schon ein Vorschein vom zukünftigen Stadttheater und seinem Verhältnis zu der Gesellschaft, die es ermöglicht und finanziert. Zugleich wäre es ein Bild und die lebendige Praxis des politischer Wandels in Zeiten der Pandemie und eine von vielen möglichen Antworten auf die Krise der Repräsentation.